

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Braun-Eis" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 22.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 22.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenhand bezogen für Deutschland, Belgien, das Saar und Westfalen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg 22.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Die gefaltete Komposition oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.50 M., jedes weitere Heft 1.75 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 8.— M. netto pro Seite. Stellen-Belege in Kleinanzeigen: das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 80—152 81

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die internationale sozialistische Konferenz

Die Vorkonferenz

Am Sonnabend trat im Reichstag eine vorbereitende Sitzung für die internationale Konferenz, die am 2. April beginnt, zusammen, um die technischen Vorbereitungen zu treffen. An dieser Sitzung nahmen von seiten der Exekutive der zweiten Internationale Mac Donald-London, Vandervelde-Brüssel, Wels-Berlin, von seiten der kommunistischen Internationale Trossard-Paris, Radet-Roskau, Zetkin-Berlin, von seiten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) Adler-Wien, Brake-Paris, Crispin-Berlin teil. Als Übersetzer fungieren De Man-Brüssel und Grimm-Bern.

In der Konferenz kam eine vollständige Einigung über die technischen Details zustande. Die Zahl der Teilnehmer der Konferenz wird für jede der drei Exekutiven mit zehn festgelegt. Außerdem haben Mitglieder der Exekutiven das Recht, als Zuhörer an der Konferenz teilzunehmen. Von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angehören, wird nur die italienische Partei zugelassen, da die Abhaltung der nationalen Konferenz in Italien in Frage steht, und zwar ein Mitglied mit beratender Stimme und zwei als Zuhörer. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, jedoch für die Vertreter der sozialistischen Presse unter der Verantwortung der betreffenden Exekutive zulässig. Von den Verhandlungen wird eine vollständige stenographische Aufnahme gemacht. Verhandlungssprachen sind deutsch, englisch und französisch. Die Übersetzungen werden für die Redner jeder Delegation von dem von ihr gestellten Übersetzer vorzulesen werden.

Die Verhandlungen werden, um Zeit zu sparen, nicht wie ursprünglich anberaumt, im Gewerkschaftshaus, sondern im Reichstag, Saal 26, stattfinden. Die Verhandlungen beginnen Sonntag vormittag 10 Uhr.

Friedrich Adler, der Sekretär der IASP, von der die Einladung zur Konferenz ausging, wird sie eröffnen und darauf ein Präsidium, in dem jede der drei Exekutiven einen Vertreter haben wird, bestellt werden.

Exekutivführung der I. A. S. P.

Am Sonnabend Morgen trat im Fraktionszimmer der USPD im Reichstag die Sitzung der Exekutive der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) zusammen. An der Konferenz nahmen teil für Deutschland: Crispin und Dittmann, für Frankreich: Brake, Longuet und Faure, für England: Callhead, für Dänemark: Kassin, für Österreich: Adler und Bauer, für Russland: Martow, Abramowitsch und Schreider, für die Tschechoslowakei: Cermak und für die Partei Voile Zion: Kaplanste und Voder.

Als Gäste wohnte den Verhandlungen bei Comore-Morel, Frankreich und Dan-Rußland.

Die Exekutive nahm den Bericht des Sekretärs über die Verhandlungen seit der Berliner Sitzung am 15. Januar entgegen und trat sodann in die Beratung der technischen Details der am 2. April zusammen tretenden Konferenz der drei Exekutiven von London, Moskau und Wien ein und formulierte die Vorschläge, die in der Vorbereitung der Vertreter der drei Exekutiven zu erhalten seien. Als Vertreter der IASP für diese Vorbereitungen wurden Adler-Wien, Brake-Paris und Crispin-Berlin bestimmt. Sodann trat die Exekutive in die Beratungen der politischen Fragen, die in der Konferenz zu behandeln sein werden, ein.

Die Bedingungen für die Anerkennung Russlands

London, 1. April.

Der Berichterstatter des "Daily Telegraph" meldet, daß der Bericht der Sachverständigen über Genua die Anerkennung der Sowjetregierung de jure nicht erwähnt, daß jedoch in der Hauptsache mit den Bedingungen befaßten Annahme und Durchführung durch die Sowjetregierung zur Gewährung der Anerkennung führen werde.

Der Bericht besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil handelt über die russische, der zweite über die sowjetische.

Im Abschnitt I wird erklärt, daß Sowjetrußland nicht in die Gesellschaft der Nationen zugelassen werden könne, wenn

nicht gewisse Bedingungen erfüllt werden. Hier wird auch die Forderung nach Sicherheit des Eigentums in Rußland erwähnt.

Abchnitt II erörtert die Bedingungen, unter denen ausländische Unternehmungen und ausländisches Kapital für die Wiedergestaltung Rußlands angeworben werden können. Kapitel I handelt von den russischen Schulden und privaten Forderungen an die Sowjetregierung. Es wird hier die Schaffung einer Kommission für die russischen Schulden vorgeschlagen. Infolge der Opposition der italienischen Delegierten jedoch sollen zwei Paralleltexte in den Bericht eingefügt werden. Der eine, den die Mehrheit der Sachverständigen gebilligt habe, wünsche die Kommission für die russischen Schulden mit einer rechtswirksamen Kontrolle ausgestattet zu sehen, während der zweite von der Minderheit der Sachverständigen gebilligt worden sei, für den der italienische und der britische Delegierte eintraten, der Kommission dieses Recht abspreche. Kapitel II behandelt die elementaren Rechte, die dem ausländischen Kapital und den in Rußland anwesenden Ausländern gegeben werden sollen, darunter Unverletzlichkeit der Person, konsularischer Schutz, Gerichtshilfe usw.

Abchnitt III behandelt die Maßnahmen, durch die der baldige Wiederaufbau Rußlands erleichtert werden würde. Unter den darin enthaltenen Vorschlägen befindet sich auch die Schaffung von freien Zonen. Der zweite Teil, der sich mit Zentralfinanz befaßt, ist sehr kurz. Er befaßt sich mit drei Abchnitten, die die Finanz-, Wirtschaft- und Transportfragen behandeln.

London, 1. April.

In dem zweiten Teil des Berichtes der Sachverständigen über Genua wird dem "Daily Telegraph" zufolge erklärt, daß alle künftigen Maßnahmen zur Besserung des Handelsverkehrs und Beschränkung des freien Handelsverkehrs schädlich seien und befristet werden müßten. Der Berichterstatter des Blattes bemerkt zu dem Bericht, es könne nicht gesagt werden, daß die Sachverständigen viel erreicht hätten; der wesentliche Unterschied zwischen Lord Georges Ansichten über Rußland und der französischen Vorschläge sei nicht überbrückt worden. Die Franzosen würden sich mit einem einfachen Versprechen der Bolschewisten, die sie als nicht vertrauenswürdig ansähen, nicht begnügen. Beide Parteien gingen nach Genua, ohne daß diese Fragen zwischen ihnen geregelt seien.

Ankunft der russischen Genua-Delegation in Berlin

(Juel.) Berlin, 1. April.

Heute mittag traf die Delegation der Sowjet-Regierung zur Konferenz von Genua unter Führung Tschitschewins und Niga ein. In Berlin anwesend sind Tschitschewin, Vitminoff, Joffe, Wdwan, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare von Georgien, Karimianoff, der Vertreter von Aserbaidshan, Gadjan, der Vertreter Armeniens, und Sapronow als Vertreter der Gewerkschaften. Der zweite Teil der Delegation mit Krasin, Schjapantoff und Kuchinoff trifft erst in zwei Tagen in Berlin ein. Der russischen Delegation war der Sekretär der Berliner Sowjet-Vertretung Probowski, und der Professor Tomonoff an die Grenze entgegengefahren. In Berlin wurde die Delegation von dem Freiserrn von Malkahn als Vertreter des Auswärtigen Amtes und zahlreichen Mitgliedern der Berliner Sowjet-Regierung begrüßt.

Das Ergebnis der Rigaer Konferenz

(Juel.) Riga, 1. April.

An der Rigaer Konferenz, die in der Nacht vom 30. zum 31. März abgeschlossen wurde, haben nur Vertreter Estlands, Lettlands, Polens und der russischen Sowjet-Republik teilgenommen. Vertreter Finnlands wohnten der Konferenz nur zu insinuatorischen Zwecken bei. Das Ergebnis der Konferenz ist in einem ausführlichen Protokoll niedergelegt worden. Die Vertreter der obengenannten Staaten erklärten darin, daß sie nach Prüfung der für ihre Länder ein gemeinsames Interesse besitzenden wirtschaftlichen Fragen für wünschenswert halten, die Tätigkeit ihrer Delegierten auf der internationalen Konferenz von Genua in Bezug auf diese Fragen zu koordinieren. Sie sind der Auffassung, daß es für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ost-Europas wünschenswert ist, die Freiheit finanzieller und wirtschaftlicher Vereinbarungen zu begünstigen. Weiter erklärten die Delegierten, daß sie bereit sind, alle von ihren Regierungen eingegangenen Verpflichtungen strengstens zu erfüllen und es für möglich erachten, daß die zwischen Rußland und den anderen Ländern abgeschlossenen Friedensverträge wechselseitig garantiert werden.

Volksernährung und Kinderelend

H. H. Seit Jahren hungern und darben die Massen des deutschen Volkes, immer unerträglicher wird die Not, unter der sie leiden. In den letzten Monaten und Wochen sind die Kosten für die Lebenshaltung auf eine derartige Höhe gestiegen, daß es weiten Schichten des arbeitenden Volkes versagt bleiben muß, den zum Leben notwendigen Bedarf zu decken. Nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnraumkosten zugrunde liegen, und für die zum Vergleich die Kosten für die gleichen Lebensbedürfnisse 1913/14 = 100 gesetzt sind, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom Dezember 1921 zum Januar 1922 von 1550 auf 1640 und im Februar auf 1980 gestiegen. Gegenüber der Höhe der Lebenshaltungskosten vor einem Jahr (Februar 1921) bedeutet dies eine Steigerung um 120,8 Prozent.

Am stärksten sind bisher die Kosten für die Ernährung in die Höhe getrieben worden, und zwar stieg die Indexziffer, die im Januar bereits 2219, also das 22fache des Jahres 1913/14 betrug, im Februar auf 2722, gegenüber den Ausgaben für Lebensmittel vor einem Jahr bedeutet das eine Steigerung um 129 Prozent. Unter solchen Verhältnissen kann von einer ausreichenden Ernährung der arbeitenden Bevölkerung schon längst keine Rede mehr sein, denn die Steigerung der Löhne und Gehälter hält in keiner Weise Schritt mit der rasenden Aufwärtsbewegung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel. War doch bereits Mitte Februar — verglichen mit den Preisen der Vorkriegszeit — Brot um das 24fache, Fleisch um das 27fache, Milch um das 27fache, Butter um das 27fache, Kartoffeln um das 41fache gestiegen, und in den letzten Wochen sind die Preise noch weiter in die Höhe geschwenkt, so daß wir bei den wichtigsten Lebensmitteln mit einer Steigerung um das 50—55fache zu rechnen haben.

Immer tiefer sinkt daher die Lebenshaltung weiter Schichten der Bevölkerung unter dem Existenzminimum hinab ohne Aussicht, aus dieser dämmernden Verelendung wieder herauszukommen. Mit der immer größeren werdenden Verelendung der Massen schwindet auch ihre Widerstandskraft gegenüber Krankheit und Sektum, und besonders die Tuberkulose findet einen nur zu günstigen Boden für ihre Vorbereitung. Ihr doch oft genug auf den Zusammenhang zwischen Unterernährung und Tuberkulose hingewiesen worden.

Am schlimmsten leiden die Kinder des Proletariats unter den ungünstigen Ernährungsverhältnissen, schwach und unterernährt können sie den Krankheiten, wie Tuberkulose und Rachitis, am wenigsten Widerstand entgegensetzen. Als vor Jahresfrist die Not der deutschen Kinder aufs höchste gestiegen war und überall der Ruf „Rettet die Kinder“ erklang, da schien es fast, als ob das Bürgertum, geführt von einsichtigen Kreisen, ernstlich gewillt war, dem Niedergang des Volkes Einhalt zu gebieten. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß das Bürgertum nur bereit ist Wohlthaten zu spenden, die nur einzelnen helfen können, daß es aber nicht bereit ist, die Opfer zu bringen, die das Reich in den Stand setzen könnten, der andauernden Geldentwertung, die die Hauptursache der Preissteigerung ist, entgegenzuwirken. Nur durch eine allgemeine Hebung der Lebenshaltung des Proletariats kann dem Kinderelend wirksam gesteuert und der Verbreitung der Krankheiten entgegengetreten werden.

Wie wichtig eine Ernährungspolitik ist, deren Streben auf die Erreichung eines solchen Zieles gerichtet ist, zeigen die Ergebnisse einer Untersuchung, die das Deutsche Rote Kreuz über den Umfang der deutschen Kinderelend veranfaßt hat. Diese Untersuchung, die dritte seit Februar 1920, in welcher Zeit anlässlich des 1. Internationalen Kinderelendkongresses an das Rote Kreuz die Aufgabe herangetragen war, nachweislich über die Zahl der tuberkulösen Kranken und unterernährten Kinder in Deutschland beizubringen, erstreckt sich auf 41 Städte mit über 100 000 Einwohnern. Aber auch sie — neben wie die vorhergehenden — zeigt das Kinderelend noch nicht in seinem vollen Ausmaß, denn um möglichst genaue Angaben zu erhalten, hat man die Untersuchung über Kranke und unterernährte Kinder nur auf das Schulalter beschränkt und die Kinder von 1—8 Jahren nicht berücksichtigt. Außerdem sind viele Zahlen, z. B. für Berlin,

nur schätzungsweise angegeben, für andere fehlen die genauen Unterlagen. Trotzdem sprechen die Zahlen mehr als Worte es können. In Berlin waren von 498 288 Schulkindern 8000 = 1,5 Prozent tuberkuloseerkrankt, 200 000 = 40 Prozent unterernährt, in Oberhausen von 20 000 = 14 Prozent tuberkuloseerkrankt und 6600 = 33 Prozent unterernährt. In Karlsruhe von 18 108 Schulkindern 3911 = 21,59 Prozent tuberkulös und 12 526 = 69,1 Prozent unterernährt.

Wichtig sind die Angaben über Erfurt, denn sie zeigen wie richtig die Behauptung ist, daß die Tuberkulose in erster Linie ihre Opfer unter den unterernährten Kindern des Proletariats aussucht.

Dort wurden von 14 930 Volksschülern, 3072 Mittelschülern und 1832 Schülern höherer Lehranstalten sichere Lungentuberkulosefälle festgestellt:

Bei Knaben in höheren Schulen 0,3 Prozent, in Mittelschulen 0,43 Prozent, in Volksschulen 4,8 Prozent; bei Mädchen in höheren Schulen 0,9 Prozent, in Mittelschulen 0,9 Prozent, in Volksschulen 3,0 Prozent. Die Volksschüler sind in weit höherem Maße der Erkrankung durch Tuberkulose ausgesetzt als die Schüler, die besser gestellten sozialen Schichten entstammen.

Von dem Anwachsen der Lungentuberkulose seit der Vorkriegszeit lehrt die Untersuchung unter den Volksschülern in Chemnitz. Dort stieg die Tuberkulose bei den Knaben z. B. im 8. Schuljahr von 1,4 Prozent im Jahre 1912/13 auf 2,27 Prozent, im Jahre 1921/22 und bei den Mädchen im 8. Schuljahr von 2,08 Prozent auf 3,06 Prozent.

Dem Bericht ist auch eine sehr lehrreiche Untersuchung über die Milchbelieferung der Kinder beigegeben. Das Milchquantum ist nur für die Kinder vom 1.—6. Jahre gedeckt, und auch dieses nicht in allen Städten, denn in 13 Städten, wie Saarbrücken, Duisburg, Oberhausen, Leipzig usw. bleibt die Milchbelieferung hinter dem für die Kleinkinder benötigten Quantum zurück.

Erwägt man, daß auch für die über 6 Jahre alten Kinder, besonders für die kranken und unterernährten, eine ausreichende Versorgung mit Milch dringend notwendig ist, so wird man dringend fordern müssen, daß Maßnahmen zur Hebung der Milchproduktion und der Belieferung der Städte schleunigst getroffen werden. Das ist für die Volksernährung weit wichtiger als den Agrarier immer neue Milliarden für die Maisverbilligung hinzuschleudern.

Wenn die Untersuchung auch eine Abnahme gegenüber 1921 in der Zahl der erkrankten und unterernährten Kinder, die in der Hauptsache auf die etwas günstigeren Ernährungsverhältnisse im Jahre 1921 zurückzuführen ist, feststellen konnte, so bilden die Veranlasser der Untersuchung keineswegs mit großen Erwartungen in die Zukunft. „Daß eine Gefahr der qualitativen wenn nicht quantitativen Unterernährung den deutschen Kindern in diesem Jahr wieder droht“ — schreibt Dr. Hauslein in dem Bericht — ist nicht von der Hand zu weisen, denn die starke Verteuerung der Lebenshaltungskosten wird in vielen, besonders in den kinderreichen Familien, die Ernährungsschwierigkeiten wieder steigern. Und er schließt mit den resignierten Worten: „Wie sich in anbetraht der immer noch ständig steigenden Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten die Gesundheitsverhältnisse der Kinder im laufenden Jahr gestalten werden, muß dahingestellt bleiben.“

Dem Bürgertum, das sich nicht genug tun konnte in falschem Mitleid über die Not der deutschen Kinder und das in seinen Zeitungen spaltenlange Artikel über Kinderelend und Kinderelend veröffentlicht, ist die Schuld an der Entwicklung dieser Zustände zuzuschreiben. Statt der Ernährungspolitik des Ministers Hermes entgegenzutreten und seine Bevorzugung der Agrarier auf Kosten der städtischen Verbraucher zu brandmarken, hat es seine Politik rückhaltlos unterstützt und trägt damit den größten Teil der Verantwortung für die unermesslichen Schäden, die dem Volkswohl durch die immer größer werdende Unterernährung zugefügt werden.

Die Arbeiterklasse hat jedoch kein Recht, resigniert der Entwicklung der Verhältnisse entgegenzusehen. Dem sich gegen die Interessen des Proletariats zusammenschließenden Bürgerium muß es die geschlossene Front der Arbeiterklasse entgegensetzen. Durch gemeinsamen Kampf des gesamten Proletariats wird es erst möglich sein, die Arbeiterklasse vor weiterer Verelendung zu bewahren. Diese Notwendigkeit muß das Proletariat einsehen, denn es handelt sich um das wertvollste, die Zukunft und die Gesundheit der Kinder.

Der Fall Hermes

Mit der agrarischen Presse sieht sich auch die „Zentrum-Parlaments-Korrespondenz“ veranlaßt, zu dem Fall Dr. Bendiner und dem Fall Dr. Hermes Parallelen zu ziehen. Wir können nun allerdings nicht finden, daß es sehr schmeichelhaft für Herrn Hermes sein könnte, mit Bendiner in einem Atemzuge genannt zu werden. Wir haben auch keine Veranlassung, die Sozialdemokratie gegen die Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die von der Reichspresse gegen sie leicht erhoben werden. Wir sehen und aber doch veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn man schon eine Parallele zwischen diesen beiden Fällen zieht, man sie auch konsequent ziehen muß. Dann ergibt sich aber die weder für die Reichspresse noch für das Zentrum angenehme Tatsache, daß sie, trotzdem sie genaue Kenntnis von den größten Verfehlungen Hermes haben, ihn im Amt behalten, während die Sozialdemokratie, in dem Augenblick, als Bendiner abgerückt ist, als sie Kenntnis von seinen Verfehlungen erhielt.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ weist ebenfalls die Angriffe der Z. Z. G. zurück und schreibt über Hermes:

Die Verfehlungen des Ministers Hermes übertreffen politisch und moralisch die eines Sepp Dertter oder Bendiner bei weitem. Das Bestechungsgeld, das Bendiner erhalten haben soll, ist vom Gericht mit 4400 M. angelegt worden; Herr Hermes hat durch billigen Wein (802 Flaschen) ein Vielfaches davon erhalten und sich durch Amisshandlungen entsprechend revanchiert, trotzdem hält ihn weniger das

Zentrum als vielmehr die Deutsche und Deutschnationale Volkspartei. Geheime Verfehlungen nicht zu kennen, ist Pech, aber keine Unaufrichtigkeit; aufgedeckte Verfehlungen zu decken — wer das tut, sollte nicht von Anstand reden.

Ein Rappist als Staatssekretär?

Nach Hermes hat auch sein Staatssekretär Dr. Huber das Ernährungsministerium verlassen. Man ist jetzt auf der Suche nach einem neuen Staatssekretär und hat dafür u. a. den Ministerialdirektor Heinrich in Aussicht genommen. Der „Vorwärts“ erhält nun folgende Mitteilung:

Der genannte Ministerialdirektor Heinrich hat während des Rapp-Putsches eine höchst eindeutige Rolle gespielt, indem er seiner Sympathie mit den Rapp-Rebellen innerhalb des damaligen Reichswirtschaftsministeriums dadurch Ausdruck gab, daß er drohte, alle Beamten und Angestellten des Ministeriums, die dem Aufruf zum Generalstreik zur Erhaltung der Republik Folge leisten würden, rückwärts aus dem Amt zu entlassen! Heinrich hatte es nur einer günstigen Konstellation zu verdanken, daß ihm aus dieser Dalkung nicht schon damals schwere Unannehmlichkeiten erwachsen sind.

Wir wollen diese Mitteilung ergänzen. Bereits Ende 1918 und Anfang 1919, während der Zeit, in der unser Genosse Baurm das Ernährungsministerium leitete, hat Heinrich sich offen als durchaus reaktionärer und monarchistisch gesinnter Mann gezeigt, und es erscheint uns als ausgeschlossen, daß man ihn nun zur Belohnung dafür mit dem wichtigen Amte eines Staatssekretärs betrauen sollte, da ja von dem Staatssekretär in erster Linie die innere Organisation und Verwaltung des Amtes abhängt.

Rüge und die Organisation C.

In einer kleinen Anfrage unserer Fraktion des Preussischen Landtags wurde gefragt, weshalb der Steckbrief gegen den schlichtigen Heidelberger Privatdozenten Dr. Arnold Ruge aufgehoben worden und ferner, wie weit das Strafverfahren gegen die Angehörigen der Geheimorganisation C (Konjunkturkapital Ehrhardt) gediehen sei. Auf diese Anfrage wird, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, vom Justizminister folgende Antwort erteilt:

„Der Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau hat auf Beschwerde des Verteidigers entgegen dem Vorschlag des Generalstaatsanwalts den von der Strafkammer gegen Dr. Ruge erlassenen Haftbefehl mit der Begründung aufgehoben, daß nach dem Ergebnis der Ermittlungen dringender Tatverdacht nur bezüglich der Beschuldigung des verbotenen Waffenbesitzes gegeben und Fluchtverdacht mit Rücksicht auf die wegen dieser Tat zu erwartende Strafe nicht begründet sei. Nach Aufhebung des Haftbefehls war die Staatsanwaltschaft zur Jurisdiktion des auf Grund desselben erlassenen Steckbriefes gesetzlich verpflichtet. Mit Rücksicht hierauf erbringt sich die Vornahme einer weiteren Nachprüfung dieser Amisshandlung. Die wegen Beteiligung an der Geheimorganisation C schwebenden Verfahren sind an eine außerpreussische Staatsanwaltschaft (Offenburg) abgegeben worden, die wegen dieser Geheimorganisation eine umfassende Untersuchung führt.“

Aus dieser Darstellung des preussischen Justizministeriums geht klar hervor, daß die Untersuchung gegen Ruge nur sehr mangelhaft geführt worden sein kann. In Schlesien sind tatsächlich mehrere Personen den Satzungen der Geheimorganisation C gemäss ermordet worden. Da Ruge Vetter dieser Geheimorganisation war, ist er zum mindesten der Mittäterschaft dringend verdächtig. Das allein müßte genügen, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten. Daneben ist aber auch seine Führerschaft in der Geheimorganisation C Grund genug für die Aufrechterhaltung des Haftbefehls. Die Haltung der Staatsanwaltschaft, die vom Justizministerium gedeckt wird, steht angesichts dieses Tatbestandes im schroffen Widerspruch zu dem Vorgehen der Gerichte gegen Arbeiter, denen ähnliche Beschuldigungen zur Last gelegt werden.

Die KPD. und der Metallarbeiterstreik

Der große Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland ist den Kommunisten gerade gut genug, um ihn ihrem besondern Parteigeldismus dienstbar zu machen. Wenigstens unternehmen sie einen solchen Versuch. Zu diesem Zwecke erläßt die Zentrale der K. P. D. Abteilung Gewerkschaften, einen Aufruf an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Ufa, worin sie zum Solidaritätsstreik der gesamten Arbeiterklasse Süddeutschlands aufruft.

Daß dieser Parole Folge geleistet wird, ist zwar höchst unwahrscheinlich, aber diese neue „Aktion“ dieser traurigen Burischen zeigt doch wieder einmal, daß ihnen die Arbeiterklasse und der Erfolg ihrer Kämpfe höchst gleichgültig sind, wenn sie nur eine Möglichkeit zu neuer Verwirrung und zu nachfolgender Hege gegen die Gewerkschaften und ihre Führer schaffen können. Diese Verwirrung aber ist immerhin gefährlich und der Erfolg des Kampfes der Metallarbeiter kann schon in Frage gestellt sein, wenn auch nur einige Gruppen von Arbeitern diesem blöden Aufputschungsversuch zum Opfer fallen. Wir erwarten daher, daß auch die Gewerkschaften, vor allem aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband sofort und in aller Deutlichkeit gegen diese Verderber der Arbeiterbewegung auftreten. Die Leitung des Kampfes liegt nur in den Händen des Metallarbeiterverbandes und nur seinen Weisungen haben die Kämpfenden zu folgen.

Mordhege.

Bei Behandlung des Justizsenats im bayerischen Landtag machte Genosse Rieck u. a. folgende Ausführungen:

„Die gleichen Leute, die ständig von einer Nachpolitik der Entente sprechen, die gleichen Leute treten auf, von Rache durch erfüllt gegen jene Monarchrepublikaner, gegen ihre eigenen Volksgenossen. In dem einen Fall beklagt man sich darüber, daß der Sieger seinen Sieg auskostet, im anderen Falle aber schlägt man mit vollem Behagen den eigenen Sieg bis zur Keule.“

Wederfalls ist das eine feststehende Tatsache, die die Amisshalle in Bayern ablehnen: die haben auch nicht das geringste Recht zu einem Protest gegen irgendeine Gands

lung der Entente (Hörl rechts). Der Gerechtfertigt und Menschlichkeit beansprucht, der muß selbst Gerechtigkeit und Menschlichkeit üben und das tun Sie nicht!“

Diese Ausführungen, die nichts als Selbstverherrlichungen enthalten, verknüpfen in der Bayer. Volkspartei, die es höchst peinlich empfindet, immer und immer wieder auf ihre Rachsucht und Grausamkeit gegen die politischen Gefangenen hingewiesen zu werden. (Die Art des Strafvollzugs in Riedershausen hat bisher das Ergebnis gezeitigt, daß längst vier bis fünf Gefangene, die vor Strafantritt geistig völlig gesund waren, zu irrenerzitischer Beobachtung nach Erlangen verbracht werden mußten.) Der Bayer. Volkspartei geht außerdem schon seit längerer Zeit der unachtsamliche Kampf gegen den bayerischen Separatismus auf die Nerven, den Genosse Rieck führt. Jetzt glaubte die Bayer. Volkspartei Gelegenheit zu haben, aus Anlaß seiner oben zitierten Äußerung gegen Gen. Rieck eine wüste Hege eröffnen zu können. Sie beauftragt den Landtagspräsidenten, der ihrer Fraktion angehört, die Äußerungen des Gen. Rieck zur Erteilung eines Ordnungsbeschlusses zu mißbrauchen. Erst am nächsten Tage eröffnet der Landtagspräsident die Sitzung mit folgenden Worten:

„Ehrliche Damen und Herren! Man sollte es eigentlich für eine Unmöglichkeit halten (Sehr richtig! rechts), daß in einem deutschen Parlament derartige Worte gesprochen werden (Sehr richtig! rechts; — Zuruf des Abg. Blumtritt: „Das ist Auffassung!“ — Zuruf von der Bayer. Volkspartei: „Pfui Teufel!“ — Zuruf von links und Gegenruf von rechts). Wenn das aber zu einer Zeit geschieht, in der die Entente alle Hebel in Bewegung setzt (Sehr richtig! rechts), um das Deutsche Reich politisch und wirtschaftlich zu zerlegen und das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterklasse völlig zu versklaven, so ist eine solche Rede eine grobe Ungehörigkeit (Sehr richtig! rechts), denn sie liefert den Gegnern willkommenes Material. Ich fühle mich deshalb verpflichtet, den Herrn Abg. Rieck nachträglich zur Ordnung zu rufen (Bravo! rechts und in der Mitte). Die bürgerliche Presse hat die Winke, die in diesen Worten gegeben werden, sofort aufgegriffen. Die Münch. Neuesten Nachrichten schreiben dazu nachstehendes Kommentar:

„Der Ordnungsbeschluss des Präsidenten wird im ganzen Land mit Befriedigung aufgenommen werden. Die Schamlosigkeit und die Ehrlosigkeit der Unabhängigen in vaterländischen Dingen, die den Eindruck des Kranzhaften machen muß, wird freilich kaum mit parlamentarischen Mitteln getroffen werden.“

Nirgends ist die Atmosphäre so mordschwanger wie in München. Durch nichts ist das deutlicher, als dadurch, daß ja auch die russischen Mörder wieder von München aus zu ihren Taten nach Berlin ausgezogen sind. Diese Äußerungen der bürgerlichen Blätter, dieser Hinweis auf andere als parlamentarische Mittel, muß als eine Aufreizung der Rorkinstunkte des nationalliberalen Rechts gegen Rieck wirken.

Zwei Austritte aus der U. S. P.

Die Genossen Brühl und Schünning haben folgendes Schreiben an den Bezirksverband der USPD Berlin-Brandenburg gerichtet:

Wir rücken auf die allgemeine politische Haltung der Partei und insbesondere die Vorkommnisse in der Städtewerkschaftenversammlung am 30. d. M. erkläre ich meinen Austritt aus der Partei.

Paul Brühl. Wilhelm Schünning.
Wir haben unsere Meinung zu dem sachlichen Streitfall, der den Anlaß für den Schritt von Brühl und Schünning gegeben hat, bereits dargelegt. Für uns so bedauerlicher aber halten wir es, daß Brühl und Schünning sich zum zweitenmal in ihrer Erregung zu einem Schritt haben hinreißen lassen, den wir nicht zu billigen vermögen.

Preussischer Landtag

Sonnabend, den 1. April.

Zunächst wird der Gesetzentwurf zur Förderung der Wohnungsl'aucs in erster Lesung ohne Debatte erledigt. In der dann folgenden Fortsetzung der zweiten Beratung des Landwirtschaftssetats beschäftigt sich der deutschnationale Abg. Weiser man mit der Stielungsfrage. Auswüchse müßten verhindert werden. Die Stielung werde vielfach zur Landausweitung. Sie kann nur erfolgen, wenn der Stielter wirtschaftliche Sicherheit leisten kann.

Abg. Held (D. Sp.): Das Dillswert für die Landwirtschaft muß die Unterstützung der Regierung finden. Redner spricht sich für die Stielungsabteilung in Wenn und Aber aus.

Landwirtschaftsminister Wendorf reitet sehr bekanntes Stedenpferd für die Stielungsabteilung. In schärfster Weise wendet sich der Minister gegen den wiederholt von der rechten Seite angedrohten Heiserstreik.

Abg. Klauhner (USPD): Die Situation der Stielungsabteilung ist zurückzuführen auf den bekannten Anspruch Dindenburgs, daß jeder Arieassteilnehmer sein eigenes Heim und seinen eigenen Boden haben solle, um sich zu ernähren. Das hat sich als Phantastie erwiesen. Das Bestreben nach Land ist heute zum großen Teil diktiert von dem Bestreben nach Auswanderung breiter Volksschichten. Wir lehnen deshalb die Forderung des Reichsländbundes der Stielter, der bis zu 200 Morgen Land selbständiger Aderernährung fordert, ab. Die heutige Stielungsabteilung ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als Verschwendung zu bezeichnen. Geräte, Maschinen und Düngemittel fehlen für alle Neubestellungen und verarbeiteten Wirtschaften. Dadurch wird die Produktion vermindert. Die Schaffung von neuen Stielungsbereichen führt bei der immer weiter fortschreitenden Entwertung des Geldes zu Enttäuschungen und leichten Endes zum Zusammenbruch. Eine Kleinriedlung läßt sich nur dort durchführen, wo eine Möglichkeit zu einer genossenschaftlichen Bewirtschaftung nicht besteht. Nur dort kann sie als beste Form der Produktion in Erscheinung treten. Eine Aufteilung der Domänen, die sich im Staatsbesitz befinden, lehnen wir ab. Wir stellen dieser bürgerlichen Politik der Phantastie die sozialistische Stielungsbewirtschaftung entgegen. Wir fordern die Genossenschaftswirtschaft im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter, das zugleich das Interesse der Allgemeinheit ist. (Beif. Beifall links.)

Abg. Stellerzupp (KPD) tritt der rechtssozialistischen Stielungsabteilung entgegen und plädiert den Ausführungen des Genossen Klauhner bei. — Abg. Witt (D. Sp.) spricht für die Stielter und kleinen Stielungen. — Abg. Simon (SPD): Wir stimmen den meisten Ausführungen des Abg. Klauhner bei. Wir denken nicht daran, den Grundbesitz zu zerlegen. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Deutscher Reichstag.

Sonnabend, den 1. April.

Vizepräsident Meher eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min. Der Gesetzentwurf über die Autonomie der Reichsbank wird der Ausschussberatung überwiegen. Sodann wird die Abstimmung über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisationsverordnungen vorgenommen. Der Reichstag stimmt der Verlängerung der Geltungsdauer zu.

Fortsetzung der Steuerberatung.

Die Beratung beginnt mit dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Umsatzsteuer. Abg. Goldmann (NSDAP.): Es handelt sich bei diesem Gesetz um eine rein schematische Veranschaulichung des Bundesgesetzes. Die Stellung der Rechte gegenüber den Genossenschaften ist diktiert vom Gesetz gegen die Arbeiterkassen und die Genossenschaften im besonderen. Objektiv betrachtet, ist mit unserem Antrag keine Freilassung der Genossenschaften zu bewirken, sondern es soll nur ein bestehendes Unrecht beseitigt werden. Wenn heute ein Personenkreis sich zum gemeinschaftlichen Wareneinkauf vereinigt und diese Waren unter sich verteilt, wird kein Reich daran denken, hier eine normale Besteuerung vorzunehmen, weil ein Bestwechsellast tatsächlich nicht stattgefunden hat. Nicht anders liegen die Verhältnisse bei den Genossenschaften. Das Umsatzsteuer wird nach dem Wehrheitswille dieses Gesetzes der konsumierenden Bevölkerung künftig noch unangenehmer fühlbar werden. Für Hunderttausende der Kernfamilien bedeutet die schematische Erhöhung weitere Unterernährung und Verelendung zu einer Zeit, wo die Vertreter des Besitzes sich in Schadenfreude ergehen können, daß sie bei der Beschäftigung so allmählich behandelt wurden und es ihnen in weitgehendem Maße gelungen ist, Verschlechterungen in die verschiedenen Besteuerungsgebiete hineinzutreiben, die Erfassung und Ertrag erschweren und herabmindern, durch geschaffene Kompliziertheiten die Steuerbetrügerei geradezu fördern. Die Umsatzsteuer trifft den Massenverbraucher nicht zuletzt bei den allernotwendigsten Lebensmitteln, sie verlangt bei diesen eine gleich hohe Abgabe, unerschämter, ob es sich um einen reichen Praefter oder irgendeine arme alte Witwe, oder auch um erwerbsunfähige, sichte und hilflose Arbeitsinvaliden handelt. Aus dem Grunde ist die Umsatzsteuer die unfairste Steuer und wirkt als Kopfsteuer für kinderreiche Familien in noch schlimmerem Maße als dies bei den indirekten Steuern im allgemeinen der Fall ist.

Abg. Geydemann (SPD.): Die Umsatzsteuer trifft die Minderbemittelten am schwersten. Sinnlos & A. spart ungeheuer viel an Umsatzsteuer, weil er die Produktion von der Produktion an nicht aus der Hand läßt.

Bei Beratung des § 2 versuchen Demokraten, Deutsch-nationale und Deutsche Volkspartei die von Kommissionsänderung um vermittelten Warenwechsel von der Umsatzbesteuerung auszunehmen. Nachdem der Reichsfinanzminister den Antrag bekämpft, wird er gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Ebenso werden abgelehnt die von unserer Fraktion gestellten Anträge betreffend Aufhebung der Steuerfreiheit der Landwirtschaft und Herabsetzung der Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften. Desgleichen der Antrag unserer Fraktion, der die in dem Entwurf vorgeschriebene Erhöhung der Einkommensteuer rückgängig gemacht wissen will.

Bei § 27, der die Besteuerung von Zeitungen betrifft, beantragt unsere Fraktion die Reagerungsanträge, die die großen Zeitungsunternehmen schärfer heranzogen, wieder abzulehnen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte, im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, angenommen. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über Erhöhung einer Reihe von Verbrauchsteuern.

Abg. Stemmele (SPD.) wendet sich in längerer Rede gegen die Verbrauchsteuern und weist auf die allgemeine Notlage der arbeitenden Schichten der Bevölkerung hin, die eine weitere Belastung nicht mehr ertragen können.

Abg. Mehrhof (NSDAP.): Wir sehen die geforderte Erhöhung der Verbrauchsteuern ab. Es kommen fünf neue Steuern in Betracht. Die Wirkung dieser Steuererhöhung ist zum Teil geradezu schrecklich. Die Verbrauchsteuern muß man in Verbindung mit der bereits beschlossenen Rohstoffsteuer betrachten. Nicht genug damit, daß durch die Rohstoffsteuer die Preise für Gas usw. bedeutend gesteigert werden, geht man dazu über, die Verbrauchsteuern im einzelnen so zu verteuern, daß sie nicht mehr zu bezahlen sind. Nachdem man schon aus der Rohstoffsteuer 10,5 Milliarden herausgeholt hat, soll die Verbrauchsteuern 60 Millionen neuer Steuern ergeben, ein Betrag, der übrigens kaum mit dem Aufwand, der für die Erhebung der Steuern gemacht werden muß, in Einklang zu bringen ist. Die Streichhölzer sollen einen Steuerbetrag von 40 Millionen Mark eintragen. Auf je 60 Streichhölzer entfällt eine Steuer von 6 Pfennigen. Es steht aber aller bisherigen Erfahrung gemäß eine Verteuerung der Streichhölzer weit über den Betrag der Steuer hinaus zu erwarten. Schon jetzt kostet eine Schachtel in Berlin 80 Pf. bis 1,40 M. Auch die Biersteuer ist überaus kleinlich und schändlich. Die Brauindustrie hat sich nach dem Anzuge eine Position erobert, die sie in die Lage setzt, den Verbrauchern die Preise zu diktieren. Die Preissteigerung der Biere, wie wir sie jetzt schon haben, steht absolut nicht im Einklang mit der Erhöhung der Löhne und mit der Höhe des Bieres. Es wirkt also geradezu wie ein Dolch, daß gerade die Genussmittel — außer Bier das Mineralwasser — die geeignet wären, dem übermäßigen Alkoholgenuß entgegenzuwirken, ins Ungemeine verteuert werden. Auch die Tabaksteuer ist unerträglich. Eigenartig mutet uns eine Entschüpfung, die vom Zentrum eingebracht wurde, an, die dahingehend, die Wirkung der Verbrauchsteuern abzuwachen, dadurch, daß die Regierung erlaubt werden soll, sich der durch die Erhöhung der Verbrauchsteuern erzielten Verdenden anzunehmen. Wenn man wirklich etwas tun will, hätte man für unseren Antrag stimmen sollen, der eine soziale Fürsorge hinsichtlich dieser Arbeitskräfte bedeutet. Wir haben beantragt, den durch die Verbrauchsteuern arbeitslos werdenden die Arbeitslosenunterstützung mindestens ein Jahr länger zu gewähren. Unseren Antrag haben Sie abgelehnt. Um so eigenartlicher mutet da die Resolution des Zentrums an. Das Hebel kann nur beseitigt werden, wenn die werktätige Bevölkerung den Kampf selbst mit aller Energie führt. (Bravo bei der NSDAP.)

Darauf wird der Gesetzentwurf betr. Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Debattelos angenommen werden die Gesetzentwürfe über Erhöhung von Zöllen, Aufhebung vorübergehender Zoll-erleichterungen, Zuckersteuer, Süßholzwasser, Rennwett- und Lotteriesteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Verkehrsmittelsteuer, — Väterrecht, die zweite Beratung des Mantelgesetzes. Auch dieses wird ohne Debatte angenommen. — Gegen die folgende dritte Beratung wird von unserer Fraktion Einspruch erhoben.

Den letzten Tagesordnungspunkt bildet die dritte Beratung des Gesetzes über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. Der Ge-

Die Stinnesierung auf Umwegen

Der Reichseisenbahnetat im Hauptauschuß

Betrug und Wucherergewinne der Privatunternehmer.

Der Reichsverkehrsminister hat, wie wir bereits berichtet haben, im Hauptauschuß des Reichstags einen ausführlichen Bericht über die Lage der Reichsbahn erlassen. An diesen Bericht hat sich eine lebhafteste Aussprache angegeschlossen, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten. Genosse Brennia hat als Vertreter unserer Fraktion an der Personalpolitik und den falschen Sparmaßnahmen durch die Verminderung der Arbeiterstärke Kritik geübt und die Behauptung zurückgewiesen, daß zu viel Arbeiter vorhanden seien. Das Gegenteil sei richtig. Einer Vermehrung der Beamten um 61 Prozent seit 1913 habe eine Erhöhung der Arbeiterkopfgeldzahl um nur 17 Prozent im gleichen Zeitraum gegenüber. Die durch den Januar-Erlaß verkündete Masseneinstellung von 20 000 Arbeitern sei vollkommen verfehlt und entwöltere die Dienststellen und Verhältnisse. Durch diese Maßnahme veranlaßt, hat eine

Massenluht von nichtigen, eingearbeiteten Kräften eingeleitet, wie unter anderem an mehreren Beispielen eingewiesen konnte. Wenn überhaupt von einem Überfluß an Personal gesprochen werden könne, so sei das Juviel in den Kreisen der oberen und auch teilweise der mittleren Beamtengruppen zu suchen. Ferner sei eine Überwindung wirtschaftlich eingerissen, die von der Verwaltung begünstigt werde.

Auf dem Gebiet der Materialbeschaffung vermissen wir energetische Sparmaßnahmen. Die Preise für Kohlen, Schienen, Schwellen und sonstige Bedarfsartikel sind nach dem Bericht des Ministers seit 1913 im Durchschnitt um das 68fache gestiegen, während nach dem amtlichen Bericht die Steigerung der Löhne und Gehälter im gleichen Zeitraum im Durchschnitt nur das 17fache betrug.

Die Mahnung des Ministers an die Adresse der Schwerindustrie, daß die gemeinsamen Interessen von Wirtschaft und Verkehr eine Verbesserung erfordern, werde diese Kreise nicht hindern, weiterhin einseitig einzeln und allein ihre Profitinteressen in den Vordergrund zu stellen. Diese Tatsache ergibt sich auch aus der

amtlichen Denkschrift „Zur Lage der Reichsbahn“, in der festgelegt wird, daß „in allen Notzeiten der Eisenbahn ein bestimmter Teil der Industrie immer zunächst seine eigenen Interessen in den Vordergrund gestellt hat und wem die Notlage der Eisenbahnverwaltung be-rücksichtigt.“

Im wohlwollenden Gegensatz zu der einseitigen Interessenpolitik der Schwerindustrie konstatiert die oben zitierte Denkschrift, daß die Arbeiter- und Beamtenkassen die Bestleistungen „leistungsfähig und einmütig, geleitet vom Pflichtgefühl, sachlichem Interesse und Verantwortung vor dem Volk“ bestritten seien, „das selbstbestimmte Ziel in tatkraftiger Einigkeit“ zu erreichen. Weiter konstatiert der Bericht, daß in den Verhältnissen der Umfang der Arbeit um 30 Prozent größer sei als im Frieden. Es folge daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedes-tagesarbeit überholt hat.

Unter Redner kritisierte ferner die Materialbeschaffung und der Materialverbrauch. Er war in der Lage, durch umfangreiches Material den Nachweis zu erbringen, daß auf diesem Gebiet erhebliche Ersparnisse zu erzielen wären, wenn die Vorschläge der Betriebs- und Beamtenträte mehr Beachtung fänden.

Gegenüber dem Hinweis des Ministers, daß den Eisenbahnen im Ausland alle Kriegskosten durch finanzielle Transaktionen abgenommen wurden, konstatierte Genosse Brennia, daß unsere Fraktion bereits im März vorigen Jahres bei der Beratung des Etats beantragt habe, die im Eisenbahnbudget durch die Folgeerscheinungen des Krieges entstandenen Verluste, mindestens jedoch den Betrag von 15 Milliarden Mark, auf die allgemeine Reichsschuld zu übernehmen. Diese Forderung werde von uns erneut erhoben. Energetische Verwahrung müsse dagegen eingelegt werden, daß diese Reserven nicht, wie aus der Regierung des Ministers zu entnehmen sei, auf Kosten der Arbeiter und Beamten aus dem Reichsbahnunternehmen herausgewirtschaftet werden sollen.

gesetzentwurf war von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, eingebracht, und bezweckt, den Vorbereitungsdienst zum Richteramt für Kriegsteilnehmer um mindestens sechs Monate zu kürzen.

Vertreter der Reichsregierung und der Preussischen Regierung wandten sich gegen eine generelle gesetzliche Regelung. Es solle von Fall zu Fall, aber mit dem größten Entgegenkommen, entschieden werden. Hiergegen wandte sich sehr eindringlich Genosse Rosenfeld, der auch gegen die Vornahme der sofortigen dritten Beratung Einspruch erhob.

Nächste Sitzung: Montag, den 3. April, 2 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung des Mantelgesetzes. Daudhatsberatung. Schluß 1/4 Uhr.

Schadenersatzpflicht der Rappisten.

Ein wichtiges Urteil des Reichsgerichts.

Die durch den Rapp-Putsch zu Schaden gekommenen Personen sind bisher in keiner Weise genügend entschädigt worden. Die Regierung hat eine Verantwortung für die Taten der unformierten Kämpfer abgelehnt und die geschädigten Personen auf das Tumultschadengesetz verwiesen. Um mit Hilfe dieses Gesetzes zu einem Schadenersatz zu gelangen, sind langwierige Instanzenwege notwendig, und wenn ein Verfahren glücklicherweise zu Ende geführt ist, kommt für den Geschädigten in der Regel nicht viel heraus. Nunmehr liegt ein Urteil des Reichsgerichts vom 14. November 1921 vor, in dem anerkannt wird, daß für den erlittenen Verlust die im Dienste der Rapp-Regierung gestandenen Offiziere persönlich haftbar gemacht werden können. Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde:

Während des Rapp-Putsches hatte ein sogenannter Polizeioffizier der Reichskanzlei einen Kraftwagen beschlagnahmt, der gerade die Linden entlang fuhr. Der Besitzer Klage gegen den Polizeioffizier auf Schadenersatz. Das Kammergericht hat den Anspruch des Klägers für gerechtfertigt erklärt. Die vom Beklagten eingelegte Berufung wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Der Beklagte erklärte, befragt und verpflichtet gewesen zu sein, den Befehlen der Rapp-Regierung gemäß Beschlagnahmen vorzunehmen. Demgegenüber erklärte das Reichsgericht, daß alle von der sogenannten Rapp-Regierung veranlaßten Maßnahmen in keiner Weise als Akte und Ausübung einer auf

Die Vergeltung von Arbeiten an Privatunternehmer müsse schnellstens abgebaut werden. Es sei unbedeutend, daß die Fahrzeugausschreibungen in den Privatwerken bedeutend teurer seien als in den eigenen Werkstätten. Die Privatunternehmer erzielen Riesengewinne, wie sich bei Durchsicht der Betriebsabrechnung ergibt. Auch hierbei brachte unser Redner umfangreiches Material zum Vortrag.

Kurz erwähnt sei hier ein Fall, der die kapitalistische Moral blühartig beleuchtet. Eine Firma „Berliner Metallindustrie“, früher Spandau, jetzt Segefeld, errichtete im November 1919 in Spandau-Südhafen eine Waggonreparaturwerkstatt. In diesem Zwecke kaufte die Firma in Brandenburg a. Havel eine große Halle auf Abruch und ließ sie nach Spandau transportieren. Der Transport der Halle sowie der Maschinen, Transmissionen usw. wurde auf „König „Waggonreparatur“ verrechnet.

Altmaterial, das sich beim Verlegen von Betonwegen ergab, insbesondere Bronzematerial, das dem Reichswirtschaftsrat gehörte, wurde auf Veranlassung eines Mitgliedes der Firma in Kisten verpackt und per Auto zur Zentrale der Firma nach Berlin geschickt. Die Pakete der Firmeninhaber Selbig, Langwitz und Kubbe lautete: „Wir müssen bei diesem Geschäft gefaßt werden.“ Auch Eisenbahnbeamte sollen in diese Affäre verwickelt sein. Ein früherer Angehöriger der Firma, der in einem Fall von Altmaterialverschlebung von der Eisenbahnüberwachungsstelle zur Anzeige gebracht wurde, nahm alle Schuld auf sich. Er erhielt später von der Firma ein Darlehen von 60 000 Mark. Der Firmeninhaber äußerte sich gegenüber diesem Angehörigen: „Sie müssen aus unsern Büchern verschwinden; wenn etwas herauskommt, bin ich gesonnen.“ Dabei machte er die Geste des Erschreckens. Die Firma soll ferner eine Summe von 187 000,— Mark, die sie von der Eisenbahndirektion Berlin zur Auszahlung an die Arbeiter erhalten hatte, unterschlagen haben. Es wird behauptet, daß sämtliche Wagen, die die Firma für die Eisenbahnverwaltung reparierte,

um das Doppelte zu teuer

waren. Es wurde mehr Material verbraucht, als in Wirklichkeit verbraucht worden ist. Eine Untersuchung und Beschlagnahme der Belege und Rechnungen über angelieferte Materialien und ein Vergleich derselben mit den an die Eisenbahnverwaltung abgelieferten Wagen würde diese Behauptung bestätigen. So seien zum Beispiel für jeden Wagen, der aus dem Werk herausging, 8 Kilogramm Del geschrieben worden. In Wirklichkeit sei der Delverbrauch vom November 1919 bis Mai 1920 höchstens 30 Kilogramm für 1040 Waggon. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Verbrauch von Harzen bei den Reparaturarbeiten von Wagen. Die Reichsbahn soll allein durch diese beiden Materialverschwendung um mindestens 8—10 Millionen Mark geschädigt worden sein. Aber nicht nur an dem Material, das dem Reich und der Reichseisenbahnverwaltung gehörte, sondern auch an Eisenbahnswellen, die der Stadt Spandau gehörten, soll sich die Firma auf Anordnung des Mandatnehmers vergriffen haben. Dieses Beispiel zeigt, in welcher schamlosen Weise sich gewisse Kreise bereichern.

In jester Zeit werden bei der Bahnunterhaltung in steigendem Maße Geldumbauten und laufende Unterhaltungskosten an Privatunternehmer vergeben. Im Betrieb wurde durch Erlaß vom 19. 1. das Kohlenladegeschäft an Privatunternehmer vergeben. Diese Maßnahmen im Zusammenhang mit den Materialverschwendungen gefährden den Betrieb und führen auf Umwegen zur Stinnesierung der Reichsbahn.

Bei der Ausführung von Bauten und Anlagen werde vielfach sehr ungewöhnlich verfahren. Die sachverständigen

Vorschläge der Betriebs- und Beamtenträte

würden wenig oder gar nicht beachtet. Die Verpachtung von Eisenbahngelände (Waldboiswirtschaften, Anschlagelände usw.) erfolge vielfach unter den Selbstkosten. Weiter wurden von unserm Vertreter Beispiele über Mißstände, zum Beispiel die Ausführung von Arbeiten für Vorkasse auf Kosten der Verwaltung, und ähnliche Dinge vorgetragen.

Genosse Brennia forderte die Sozialisierung der Eisenbahn, insbesondere für die Übergangszahl An-gliederung von Kohlenwerkern, Berg- und Güttenwerkern, eine Reform der Verhältnisse an Haupt- und Nebenbahnen, sowie den Ausbau des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Beamten.

Grund und im Rahmen des Gesetzes ausgebildeten Polizeigewalt anerkannt werden könnten. Kein Offizier ist verpflichtet gewesen, seinen militärischen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten, da ihnen bei der ganzen Art des Rapp-Unternehmens Vorbehalt der Weisung gestellt hatten. Die Beschlagnahme sei ein ungesetzlicher Gewaltakt gewesen, für den der Befehlshaber gemacht werden müsse, da er das Eigentum des Klägers verlegt habe und wissen mußte, daß er zum Gehorsam nicht verpflichtet war.

Auf Grund dieses Urteils können nunmehr alle durch den Rapp-Putsch geschädigten Personen Schadenersatzklage gegen die Rapp-Offiziere anstrengen, und zwar nicht nur gegen die eigentlichen Führer, sondern auch gegen jeden Offizier, der irgendeinen Befehl gegeben hat, durch den Personen zu Schaden gekommen sind.

Die Vernehmungen der russischen Attentäter Schabelski, Borl und Ladoriski, welchen Mordversuch bezw. fahrlässige Tötung des Senators von Radokow zur Last gelegt wird, wurden gestern im Polizeipräsidium beendet. Die Ueberführung beider nach dem Moskauer Untersuchungsgefängnis dürfte im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Die Ueber-untersuchung wird in Moskau vom Landesgericht Dr. Bohnerer geführt, der vorgestern auch der Diskussion der Versteigerung des Radokows beigewohnt hatte. Die Staatsanwaltschaft 1 vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Buchardt. Die beiden Attentäter haben die Rechtsanwälte Solnik und Dr. Hübner mit ihrer Verteidigung beauftragt.

Alle Zusendungen an die Pressekommission sind bis auf weiteres an die Geschäftsleitung des Bezirksverbandes Berlin, Breite Straße 8—9, zu richten. Die Geschäftsleitung Berlin-Brandenburg.

Zähne 8 u. 12 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Halvani, Danziger Straße 1.

Preiswerte Damen-Kleidung



Kleid aus prima Voll-Volle, moderne Machart, mit imitierten Filletmotive, weiß u. farbig **455M**

Leinenkleid fesche mod. Form, lose Rockteile und Blenden-garnit., l. hellen Farben **475M**

Kleid jugendliche Machart, aus gestreift. ripsartig. Leinenstoff mit Bandschleife u. Knöpf. garniert **535M**

Stylkleid aus prima Taffel, fesche u. aparte Form, l. vielen Farben **970M**

Paletot Covercoat, lose Form, Raglan-Armel, auch mit Gürtel z. tragen **575M**

Soweit Vorrat



Seidenkleid aus gutem Messaline, Jumper-Form, Taille reich-gestickt **825M**

Hemdbluse gut. Wäschestoff, la Ver-arbeitung m. Perlmutter-knöpf. u. Fall. ohn. Krawatte **135M**

Jabotbluse aparte Form, a. gut. Voll-voile m. Hohlsäumen u. Fillet-einsätz. garn. **285M**

Kimonobluse a. gesticktem Schleier-stoff, marine mit weiß, mit Häkel und Paspel garniert. **79M**

Mantel (wie Bild) hell, kariert. Stoff, mit u. ohne Gürtel zu tragen **775M**



A. WERTHEIM

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater 7 1/2 Uhr: Die Ratten

Neues Volkstheater 7 1/2 Uhr: Heuchler

Staats-Theater 7 1/2 Uhr: Ein Mann und ein Hund

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Der Herr der Welt

Walhalla-Theater 7 1/2 Uhr: Don Cesar

Theater des Ostens 7 1/2 Uhr: Die Frau auf Probe

Apotheker 8 Uhr: Venus auf Erden

Komödienhaus 8 Uhr: Fahrt ins Blaue

Berliner Theater 8 Uhr: Einor von unsers Leut'

ROTTER-BÜHNEN 8 Uhr: Trion-Theater

Theater I. d. Königgrätzer Str.: Heute zum **50. Male:**
„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreiser“
 Phantastisches Melodram nach E. T. A. Hoffmanns Leben und Erzählungen in 3 Teilen (42 Bildern) von Carl Metzger und Rudolf Bernauer. Musik mit teilweiser Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von E. N. von Reichenow.
 Ab heute: Johannes Kreiser: Johannes Riemann.

CIRCUS BUSCH
 Heute Sonntag 2 x 3 und 7 1/2 Uhr
 Welt-Aktions-Nachm. 1 Kind frei
 Abds. Störtebeker, der Seeräuber.

Also spricht **Senta Söneland:**
 Mensch nimm den Finger aus der Nase — so schlecht geht es uns doch nicht, daß wir un-den Finger in der Nase wärmen müssen.
 Mach' Dir mal nichts ins Höschen Franz, Dir baumelt was aus der Nase, rich hoch, oder mach Charlottenburger!
 Maxe, riecht Du nicht? Ausgerechnet der Herr vor mir...
 Infolge des ungeheuren Erfolges, den Senta Söneland, Berlins genialste Humoristin, im März im **Alhambra** Variete am Moritzplatz hatte, wurde die gefeierte Künstlerin noch für weitere kurze Zeit für die Alhambra am Moritzplatz verpflichtet. Senta Söneland spielt im April in der Alhambra einen ganz neuen Sketch: Berliner Filanze. Weiter tritt in der Alhambra am Moritzplatz **Celly de Rheidt** zum ersten Male nach ihrem Prozesse persönlich auf.
 Dann das gewaltige Osterprogramm Eintritt 1 bis 25 Mark. Gepflegte Biere und Weine.

Josephstadt, Don erst, 6 April 7 1/2 Uhr
Klavier-Abend — Carl FRIEDBERG
 Brahms, Schumann, Chopin
 Karten: 40—10 Mk.
 bei Bode & Bock, Verh. r. & Abent.

Sowjet-Rußland im Bild

Die Nr. 6 der illustrierten Zeitung „Sowjet-Rußland im Bild“, herausgegeben vom Rußlandkomitee zur Organisation der Arbeitshilfe für die Hungernden in Rußland, erscheint heute als Ukrainenummer. Das Heft zeigt den Hunger, den kolossalen Strom Flüchtlinge, die Haupterlebensdauer der Ukraine. Auf 12 Seiten illustriert sich das Leben, Wirken und Schaffen Rußlands wieder. Es zeigt die Führer der Ukraine, so Kowalew, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, der als außerordentlicher Vertreter der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sowjet-Union gemeinschaftlich in Tschechien und Polen, das tschechische Mitglied des Präsidiums des Völkerbundes, der Russen-Röde, Bild und Wort macht den größten ukrainischen Dichter Schewtschynski bekannt. Ein weiteres Bild zeigt Archimede, den gegenwärtigen Vertreter der S. S. S. R. in Deutschland, der vor wenigen Tagen in Berlin mit dem französischen roten Kreuz einen Vertrag über die Hungerhilfe abschloß. Neue Aufnahmen aus dem Hungergebiet mit geographischen Uebersichtskarten über die Ausdehnung der Hungerkatastrophe in den Jahren 1901—1911—1921. Hier Aufnahmen zeigen den 27. Transport der internationalen Arbeitshilfe, den Transport „National“, der am 13. März den Steilener Hafen verließ. Uebersichtliche Weltkarte über den Hunger, von S. S. S. R. über das von den deutschen und polnischen Hilfskomitees in Tschechien an errichtende Kinderheim „Rosa Luxemburg“ und Kurt Reibmeyer“ geliefert. Berichte über die Tätigkeit der Hilfe in den Hungergebieten informiert über das Zustand der Hungerkatastrophe und die Arbeit der internationalen Arbeitshilfe.

Der Preis beträgt pro Nummer **M. 1.50.**
 Bestellungen von Organisationen sind zu richten an: das Komitee Arbeitshilfe für Sowjet-Rußland, Berlin C 54, Köpenickerstraße 38, von Buchhandlungen und Einzelbezugern an: den Malik-Verlag, Berlin-Gatow, Kurfürstendamm 76.

Schallplatten *ofna Gold*
 Für 3 alte Platten 1 neue Kostenlos
 nach Wahl: Im Hotel zur Post, Büchsen, Pfeife und Taschen und Gold, Gold-Jupel- und Salzen-Instrumente, Sprengmaschinen in all. Form. Leder, Gürtel, Kuffertchen, Gold-Brillen, etc. etc.
 i. Sch. u. Reparatur, Entfall aller Platten, Reinickendorf, St. 117, 8. Badstr. 57, Brunnenstr. 25 (Prinz), Schönhaus, Allee 130, Weißensee, Berliner Allee 21, Geitz u. Co., Berl. : Michaelstr. 19.
Schweizer Musikhaus

Trünouga Konfitüren
 nur an Orangen!
 Eckardt & Neuschaefer, Fabrik und Kontor: Berlin O 27, Kreuzstr. 4 B, Tel. Alex 827

Münzen
 Sammlungen
 B. L. Berlin, 29. Heimstr. 46/47
Münzen
 Handlung

Überall in Zigarrendeschäften erhältlich
echte Kapitän-Kautabak, nur mit der Zigarettenfabrik (Hollen, Schellen, Stangen, Twist) Zigaretten (Einzelpackung) Verkaufsstellen durch Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tele. 3001)

Briefwechsel — Schiller und Goethe
 352 Seiten stark und gut gebunden je 2.— Mk.
 Buchhandlung „Fretthel“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Brillanten, Gold-, Silber (Verz.), Platin, Zahngesbisse, Zahn 10 — bis 250.— Mark, Primen Feldstecher, Ankauf zum Auslandskurs von 1000 Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kohlert, Eerlin, Lehniger Str. 24

Werbt für unser Blatt!

Leipziger Manifest und Freiheit-Denkschrift

Von Hans Bloß

In der „Leipziger Volkszeitung“ beginnt Genosse Hans Bloß, der Chefredakteur des Blattes, die Auseinandersetzungen über die Differenzen zwischen Parteivorstand und „Freiheit“-Redaktion. Der erste Artikel hat im Wesentlichen folgenden Wortlaut:

Es ließe den Kopf in den Sand stecken, wollte man den Konflikt, der zwischen der Redaktion der Freiheit und den Zentralkörperschaften der Partei ausgebrochen ist, als eine lokale Krise, als eine bloße Meinungsverschiedenheit zwischen den zunächst Beteiligten ansehen. Es ließe die Parteigenossen täuschen, wenn hier nicht offen ausgesprochen würde, daß der Widerstreit der Meinungen, der in Berlin zutage tritt, über Berlin hinaus seine Kreise zieht und daß die Vorgänge in Berlin die Partei in ihrer Gesamtheit stark berühren.

Deshalb ist das Beginnen des Genossen Dittmann, die Bedeutung dieser Vorgänge zu verkleinern, diese Krise zu einer einfachen Berliner Angelegenheit oder gar zu einem persönlichen Fall Hilferding zu machen, ein gefährlicher Verführungsversuch, der der Partei nur Schaden kann und der einem Vorsitzenden der Partei schlecht ansteht. Die Genossen müssen den Gegensatz, der sich hier aufbaut, in aller Schärfe und Reinheit, alles störenden Bewerks entkleidet, kennen lernen, um die Tragweite der Entscheidungen, die hier gefällt worden sind, richtig erkennen und sachlich beurteilen zu können.

Zu den störenden Nebenvorgängen rechnen wir vor allem den Offenen Brief des Genossen Kautsky. Dieser Brief, offenbar in einer bitteren Aufwallung geschrieben, ist von einer derartigen Einseitigkeit, daß er zu einer starken Ungerechtigkeits gegen die Leitung der USPD. wird, so daß der an sich winzige Kern von Berechtigung, den man allenfalls in Kautskys Vorwürfen finden mag, dadurch vollständig verdeckt wird. Kautsky hat so der Einigungsfrage selbst schwer geschadet. Denn indem er seine Vorwürfe auf die Leitung der USPD. beschränkte, und die gebührenden Sünden der SPD. völlig verschwiegen, hat er diese in ihrer jetzigen, der Einigung schwer abträglichen Haltung bestärkt. Der Ton des Schreibens kann uns weniger bestimmen — er ist nicht so, wie er unter Genossen sein soll, aber darin haben die Parteigenossen schon in der geeinigten Partei so oft geübt, daß wir daraus keinen Beschwerdepunkt machen wollen. Erster liegt die Veröffentlichung des Briefes im Vormärz. Sie wirkt wie eine Herausforderung und wird in den Kreisen der Genossen äußerst unangenehm empfunden werden.

Deshalb kann die Darstellung Dittmanns zur Klärung gar nichts beitragen. Was er über die pessimistische Stimmung des Genossen Dr. Hilferding schreibt, ist ganz unkontrollierbar. Dittmann wird natürlich nur das mitteilen, was er für richtig hält, aber seine Darstellung ist von der Redaktion der „Freiheit“ bereits als durchaus einseitiges Stimmungsbild bezeichnet worden. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Dittmann einzelne Äußerungen Hilferdings zitiert. Es kommt überhaupt nicht darauf an, ob Hilferding sich in einer Rede, die er wahrscheinlich in heftiger Verstimmung gehalten hat, zu einigen reißerischen Uebertreibungen, zu paradoxen Ausdrücken hat hinreißen lassen. Die Dittmann zudem ganz isoliert, von allen Verbindungsgliedern, die sie in ein bestimmtes Licht rücken würden, losgelöst wiedergegeben hat. Vorüber die Parteigenossen zu urteilen haben, das ist die Denkschrift der Freiheitredaktion und der Beschlüsse der Zentralkörperschaften.

Die Resolution des Zentralkomitees, des Breitrats und der Kontrollkommission ist ein in der Form etwas gemildertes Vertrauensvotum. Der Satz:

„Zentraleitung, Parteirat und Kontrollkommission können sich ein gedeihliches Wirken der Redaktion der „Freiheit“ für die Interessen unserer Partei und damit für die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung nur dann versprechen, wenn die Redaktion der „Freiheit“ in Zukunft klar und entschieden die Politik vertritt, die in Einklang steht mit den Parteitagbeschlüssen, insbesondere mit dem Manifest des Leipziger Parteitags“

begrift in sich den Vorwurf, daß die Redaktion diese Politik bisher nicht betrieben habe.

Damit sagen die Zentralkörperschaften, daß die politischen Richtlinien, die die Freiheitredaktion in ihrer Denkschrift niedergelegt hat, mit den Parteitagbeschlüssen und dem Manifest in Leipzig nicht in Einklang stehen.

Die Redaktion der „Freiheit“ hat erklärt, daß sie diese Auffassung nicht hat und in ihrer Denkschrift spricht sie an einer Stelle von einer „falschen Interpretierung der Leipziger Parteitagbeschlüsse“. Es besteht also eine scharfe Differenz in der Auslegung dieser Parteitagbeschlüsse. Wir müssen daher diese Beschlüsse mit den Richtlinien der Denkschrift verzeihen.

Die „L. V.“ gibt sodann die auf die Steuerfrage bezüglichen Stellen des Leipziger Manifestes und unserer Denkschrift wörtlich wieder und sagt dazu:

Hier läßt sich ein Gegensatz zwischen dem Leipziger Manifest und der Denkschrift nur konstruieren, wenn man annimmt, daß der Satz des Manifestes: „Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern“ nicht zu vereinbaren ist mit der Erklärung der Denkschrift, um den Banknotendruck zum Stillstand zu bringen und so der fortbauenden Verminderung der Kaufkraft des Lohnes einhalt zu tun, sei in der augenblicklichen Situation ein System von direkten und indirekten Steuern notwendig, weil sich mit direkten Steuern und auch mit der Erfassung der Sachwerte allein das Defizit der nächsten Jahre nicht beseitigen lasse. Hält man sich starr an den bloßen Buchstaben des Leipziger Manifestes, so scheint allerdings hier ein unüberbrückbarer Gegensatz zu bestehen. Aber und muß doch wohl der Sinn des Leipziger Beschlusses höher stehen, als der Buchstabe. Und der Sinn des Leipziger Beschlusses ist zweifellos, daß jede weitere Belastung der Arbeiterschaft verhindert werden soll. Wenn die Sache nun so steht, daß durch die Bewilligung gewisser indirekter Steuern das Reichsdefizit beseitigt und somit die weitere Ausgabe von Papiergeld eingestemmt werden konnte, so bedeutet dies, daß die schlimmste aller indirekten Steuern, eben die Geldentwertung durch die stetig fortschreitende Papiergeldausgabe, beseitigt würde durch einige andere indirekte Steuern, die die Arbeiterschaft nicht entfernt so schwer treffen, als eben die fortschreitende Geldentwertung. Die Partei hätte, wenn sie nach den Richtlinien der Freiheit-Denkschrift verfahren wäre, also weniger drückende indirekte Steuern bewilligt, um die drückendste und gefährlichste, die ungenannte Papiergeldausgabe, die fortschreitende Geldentwertung zu beseitigen. Das ist mit dem wahren Sinn des Leipziger Manifestes durchaus vereinbar, ja nicht bloß vereinbar, sondern das ist im Grunde genommen die einzig richtige Ausführung des wahren Sinnes des Leipziger Manifestes.

Die Koalitionsfrage wird von der Denkschrift als gegenwärtig nicht aktuell angesehen, da eine Beteiligung an der Regierung schon wegen der Ablehnung unserer Bedingungen durch die bürgerlichen Koalitionsparteien zur Zeit nicht in Frage kommt. Dafür betont die Denkschrift, daß die Koalitionsfrage für die Freiheitredaktion eine taktische Frage ist, die je nach den Umständen beantwortet werden muß. Daß es Situationen geben könne, in denen die proletarischen Interessen eine Zeitlang durch Beteiligung an einer Regierung, auch wenn sie nicht rein sozialistisch ist, wirkungsvoll vertreten werden können, ist, wie die Denkschrift mit Recht sagt, eine Auffassung, die in weiten Kreisen der Partei vertreten wird. Das Leipziger Manifest verbietet das nicht. Es ist scharf und berechtigte Kritik an der Koalitionspolitik, die die Rechtssozialisten bisher getrieben haben, spricht sich aber nicht grundsätzlich gegen jede Koalitionspolitik aus und die begründende Rede, die Dittmann damals hielt, enthält die folgenden Sätze:

„Wir sprechen von der konkreten Koalitionspolitik, mit der wir es in Deutschland seit dem Beginn der Revolution zu tun haben... Gewiß wissen wir: Der Buchstabe löst, der Geist aber macht lebendig, wir sagen deshalb auch: das Klasseninteresse des Proletariats, gesehen vom Standpunkt des revolutionären Kampfes, das ist unser Leitstern... Sollte irgendeine Formel... mit ihm in Widerspruch ge-

raten, so werden wir selbstverständlich die Formel, die zur Fessel, zum toten Buchstaben zu werden droht, preisgeben.“

Und fortfahrend führt Dittmann aus, daß niemand den Parteitag zum römischen Kirchenkonzil machen wolle usw. Vorans klar hervorgeht, daß die Auffassung, die Koalitionsfrage sei eine taktische Frage, die je nach den Umständen zu beurteilen sei, nicht gegen das Leipziger Manifest verstoßen kann.

Aber über diese zur Zeit nicht aktuelle Frage hinaus sagt die Denkschrift in diesem Absatz, sie halte es allerdings für notwendig,

„unsere Taktik so beweglich zu gestalten, daß wir nicht abzuwarten sind, eine rechtssozialistische Koalitionsregierung unter Umständen zu stützen, unter denen eine reaktionäre Regierung die alleinige Nutznieherin wäre.“

Dieser Satz ist in Verbindung mit einigen anderen im zweiten Abschnitt der Denkschrift zu betrachten. Dort heißt es:

„Die deutsche Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, daß die Politik Poincarés nicht in der gegenwärtig außerordentlich kritischen Zeit zum Sieg gelangt. Denn dadurch würden die materiellen Lasten Deutschlands, d. h. aber auch die Belastung der deutschen Arbeiterklasse, vergrößert und die Gefahr neuer gewalttätiger Erschütterungen heraufbeschworen werden. Eine Regierung, die unter dem Einfluß der Rechtsparteien stünde, würde die Stellung Poincarés außerordentlich stärken, den Nationalismus heben und drüben ausbreiten. Das steht im Widerspruch zu den Interessen nicht nur der deutschen, sondern aller sozialistischen Parteien.“

In der inneren Politik leitet uns der Gesichtspunkt, daß eine Rechtsregierung dann keine besondere Gefahr für die Arbeiterklasse zu sein braucht, wenn tatsächlich die gesamte Arbeiterschaft ihr in geschlossener Position gegenübersteht. Dies wird aber nur dann der Fall sein, wenn der Grund zum Sturz der Regierung ein solcher ist, daß alle Arbeiterparteien geneigt sind, gegen die Regierung zu stimmen. Ganz anders, wenn der Sturz der Regierung durch das ganz wohnernatürliche Zusammenwirken der monarchistisch-nationalen Parteien mit unserer Partei erfolgt. Denn dann werden die Rechtssozialisten stets darauf hinwirken, daß an den reaktionären Taten einer solchen Regierung wir einen Teil der Verantwortung mittragen, weil erst durch unsere Haltung eine solche Regierungsbildung ermöglicht worden sei. Sie werden dann die Führung der Opposition der Arbeiterklasse haben, während in ersterem Falle unsere Politik ihre Vertretung gefunden hätte und unsere Autorität bei den Arbeitermassen gestärkt würde.“

Diesen Sätzen der Denkschrift müssen wir unbedingt zustimmen. Die Auffassung, daß es ziemlich gleichgültig ist, ob die Regierung Birck oder eine Rechtsregierung in Deutschland amtiert, die Auffassung, die hängt von einem führenden Genossen vertreten wurde, daß eine Rechtsregierung im Innern auch nicht reaktionärer regieren könne, als die Regierung Birck, wird unseres Erachtens schon durch einen Blick auf Bayern, von Ungarn ganz zu schweigen, widerlegt. Dennoch würde die Arbeiterschaft unter Umständen den Sturz der Regierung Birck und ihre Ersetzung durch eine rein bürgerliche, und dann von den Rechtsparteien beherrschte Regierung hinnehmen können, wenn sie dafür die geeignete Front der proletarischen Parteien bekommen würde. Wir Recht weißt aber die Denkschrift darauf hin, daß dieses Ergebnis, das die gefährlichen Wirkungen einer Rechtsregierung ausgleichen und schließlich auch überwiegen würde, nicht erreicht werden kann, wenn dieser Regierungswechsel gegen die rechtssozialistische Partei herbeigeführt wird.

Diese Frage hängt eng mit der Einigungsfrage zusammen. Wir wollen beide an der Hand der Denkschrift und einer Gegenschrift, die Genosse Ledebour zu der Sitzung der drei Zentralkörperschaften eingereicht hat, im nächsten Artikel weiter behandeln.

Aus der Partei

Genosse Ernst Zoller sendet uns aus der Festuna Niederschönenfeld folgende Zuschrift:

„Von verschiedenen Stellen höre ich, daß gewisse Versionen mit meinem Namen (besonders die führenden Parteigenossen) Mißbrauch treiben. Um Schädigungen, die in ähnlichen Fällen bereits erfolgt sind, zu verhüten, mache ich öffentlich darauf aufmerksam.“ Ernst Zoller.“



Wolsrae

GEOR. 1815 * BERLIN C * KÖNIGSTR. * SPANDAUERSTR.

Damenkleidung

- Sportbluse aus weißem Stoff mit Tasche, halbfrei oder hochgeschlossen zu tragen 89.-
Kleid a. bedruckt. Waschstoff 425.-
Kleid vorzügl. Woltrikotstoff 495.-
Kleid aus reinseidenem Taft 1400.-
Mantel aus vorzüglichem imprägnierten Stoff 675.-

Damen-Hüte

- Hut aus genähter Borte 118.-
Glockenform mit farbiger Bandgarnitur 175.-
Trikot-Hut mit Leder-Garnitur 180.-
Jugendlicher Hut mit eleganter Garnitur 295.-
Unterformen 16.50
Hutformen, Blumen, Flügel, Reiker und Fantasies in großer Auswahl zu vorteilhaftem Preis

Damenwäsche

- Elegante Leibwäsche
Garnitur = Taghemd und Beinkleid mit Stickerei und Spitzen 350.-
Garnitur = Taghemd, Nachthemd und Beinkleid aus Batist mit Stickerei u. Spitzen, Garnitur 750.-
Prinzebrock m. Ein-u. Ansatz 275.-
Hemd hose mit Stickerei-Einsatz und Spitze 175.-
Untertaille m. Einsatz u. Ans. 72.-

Herrenwäsche

- Weißes Oberhemd mit Pikee-Falten-Einsatz u. Hdrp. 225.-
Farbiges Oberhemd aus gestreiftom Perkal mit weichen Klappmanschetten u. pass. Kragen 255.-
Sportkragen weiß 13.50
Strickbinder in versch. Farben 14.75
Hosenträger a. gestreift. Band mit auswechselb. Gummipalzen 13.50

Kleiderstoffe

- Reinwoll. Blusenstoffe in aparten Streifen 95.-
Reinwoll. Cheviot marine u. schwarz, doppeltbreit, Mtr. 122.-
Kleider-Alpaka elegante glanzreiche Qualität, marine, schwarz, grau, 110 cm breit, Mtr. 165.-
Kleiderleinen in neuen Sommerfarben, 70 cm breit
Halbleinen Mtr. 69.-
Reinleinen Mtr. 89.-

Seidenstoffe

- Seidenvoile gemustert, 100 cm breit 148.-
Bastseide 80 cm breit 226.-
Foulardseide auf weißem oder dunklem Grund 228.-
Waschsamt gerippt, etwa 70cm breit Mtr. 118.-
Kunstseidenes Band für Hüte, 4cm br. Mtr. 7.50 7cm br. Mtr. 13.50
Moirband für Kleider u. Hüte 10 1/2 cm breit Mtr. 39.-

Schuhwaren

- Herrenstiefel schwarz Rindbox 295.-
Damen-Halbschuh braun Chev. z. Schutr. 450.-
Damenstiefel schwarz Boxcall, Rahmenarbeit 490.-
Hausschuhe (Niedertreter) fein-farbig, Filz mit Leder- sohle, für Damen 79.-

Lederwaren

- Geldscheintasche eidechsf., m. Lederfutter 68.-
Besuchstasche krokodilnarbig, braun 82.50
Damen-Handtasche braun m. 24cm Nickelbg. 297.-
Manikurkasten mit Samt ausgeschlag, 6tlg. 134.-

Spitzendecken

- Weiß mit Ein- und Ansätzen
Eckig 55x55 cm 38.75
Läufer 30x125 cm 44.75
Eckig 58x58 cm 69.-
Eckig 75x75 cm 125.-
Rund 60 cm Durchmesser 79.50
Rund 75 cm Durchmesser 128.-
Berechnete Kissenplatte für Buntstickerei auf grauem Halbleinen od. schwarz, Ripa, mit Rückwand, 40x60 cm 47.50

Morgenrock aus vorzüglichem bedruckten Wolleusseln, wie Abbildung 775.-

Der Brot- und Zuckerverucher

Ein 1/2-Pfund-Brot 16 Mark — eine Schrippe 1 Mark.

Nach einem Beschluß der Groß-Berliner Bäckereivereinigung wird eine sogenannte reiche Schrippe (markenfrei) vom Montag, 9. April ab in den Bäckereien 1 Mark kosten. Vom 16. April ab wird auch der Preis des Brotes erhöht. Das Marktbrot soll von diesem Zeitpunkt ab zwischen 13 und 16 Mark kosten, die Markenschrippe 50 Pfennige, das markenfreie Roggenbrot (im Gewicht von 2 1/2 Pfund) 16 Mark. Das sogenannte Weißbrot wird sich dem Schrippenpreis anpassen und 20 Mark bzw. 10 M. kosten.

Die Bäcker begründen diese neue Preissteigerung mit der Bewältigung der neuen Lohnforderungen ihrer Gesellen, die ab 10. April 200 Mark wöchentlich mehr erhalten. Ferner mit der Steigerung des Mehlpreises, der innerhalb sechs Wochen von 1000 M. für den Doppelzentner auf 1400 M. gestiegen ist. Feinstes Qualitätsmehl wird heute bereits mit 2000 M. bezahlt.

Das bedeutet eine Olasche Verteuerung gegen den Vorkriegspreis! Es liegt auf der Hand, daß hier der Tatbestand offenkundigen Bückers vorliegt. Was geschieht dagegen? — Antwort: Nichts!

Die Verteuerung des Zuckers, der für die Ernährung des Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist, bleibt hinter der Verteuerung des Brotes nicht zurück. Ueber die gegenwärtige Zuckerknappheit verbreitet der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler G. V. Berlin folgende Darstellung:

Die mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft erzielte Besserung der Zuckerverlieferung hat sich leider nicht erfüllt, trotzdem wir in diesem Wirtschaftsjahr etwa zwei Millionen Doppelzentner Zucker mehr zur Verfügung haben als im vorhergegangenen. Die Gründe der Zuckerknappheit sind in der Hauptsache darin zu suchen, weil bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft im Vorjahre irgendwelche Vorkaufverträge aus dem letzten Wirtschaftsjahr fehlten. Eine gewaltige Nachfrage nach Zuckersüßwaren und -getränken trat nach Freigabe der Zuckerwirtschaft ein, welche die Raffinerien, da Restbestände wie gewohnt nicht mehr vorhanden waren, auch nicht annehmen zu können in der Lage waren. Schwierigkeiten bei der Wagengestellung und Kohlenlieferung taten dann noch ihr übriges, um die Zuckerverlieferung zu erschweren.

Nach statistischen Berichten betrug der Zuckerverbrauch während der ersten fünf Monate in diesem Wirtschaftsjahr 635 532 Doppelzentner gegen 432 368 Doppelzentner im Vorjahre, mithin also einen Mehrverbrauch in den ersten fünf Monaten von über 2 Millionen Doppelzentnern. Daraus ergibt sich, daß entweder der Zucker von der Zucker verarbeitenden Industrie stark gekauft oder vom Publikum gehamstert wird. Unter diesen Umständen dürfte dann auch in den kommenden Monaten wohl kaum mit einer Besserung der Zuckerverlieferung gerechnet werden können.

Leider nimmt sich die Regierung dieser Frage unseres Erachtens nicht in dem Maße an, als wie sie es verdient. Die Folge davon wird sein, daß die Ausfuhr für Zuckersüßwaren beträchtlich zurückgehen, und daß wir im nächsten Wirtschaftsjahr vor noch schlimmeren Zuckermisständen stehen werden als wir schon in diesem. In der höchsten Lage befindet sich dabei der Kleinhandel, welcher in diesen Zeiten des Reichs monatlang trotz aller Bemühungen bei den Zuckerhändler und dem Großhandel ohne jede Zuckerverlieferung gelitten ist und allen Klagen der Konsumenten hilflos gegenübersteht.

Die zahllosen Bildstuden und Konsumgeschäfte sparen von der Zuckerknappheit offenbar nicht das Geringste. Hier und in den Fabriken, von denen diese an allen Ecken und Enden aus der Erde schießenden Etablissements für schleimende Süßer und nachhafte Luxusweibchen geliefert werden, verschwindet der Zucker. Und auch dagegen geschieht nichts Ganges und nichts Halbes, denn die dreimal heilige Wirtschafft darf um keinen Preis der Welt einem Eingriff ausgesetzt werden, der sozialen Seelen lästigen könnte. Warum? — Weil der Profit auf dem Spiel steht!

Gaspreis und Straßenbahntarif

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin verbreitet folgende Meldung:

Durch Dringlichkeitsvorlage vom 13. März 1923 hatte der Magistrat zur Dedung der infolge Lohnsteigerungen entstandenen Mehraufgaben bei den Gaswerken um Beschlußfassung dahin gebeten, daß der Gaspreis um 20 Pfg. je Kubikmeter erhöht wird. Der Magistrat wiederholt jetzt diese Dringlichkeitsvorlage und weist noch darauf hin, daß mit Wirkung vom 1. April 1923 infolge Erhöhung der Kohlenpreise und der Eisenbahnfahrpreise der Kohlenpreis auf 1150 M. steigen wird, also um 200 M. gegenüber den für März angenommenen Durchschnittskostenpreis. Die hierdurch entstandene gewaltige Belastung der Werke wird besondere Maßnahmen erforderlich machen. Jedenfalls erklärt der Magistrat es aber für dringend nötig, daß die unter dem 13. März 1923 beantragte Gaspreis-erhöhung sobald wie irgendmöglich in Kraft tritt. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, damit einverstanden zu sein, daß mit Wirkung von der auf diese Beschlußfassung erforderliche Bestandaufnahme ab der Preis für das von sämtlichen Berliner Gaswerken gelieferte Gas auf 1,50 M. pro Kubikmeter festgesetzt wird.

Wegen des Straßenbahntarifs ergibt eine besondere Dringlichkeitsvorlage.

Eine neue weltliche Schule

Den eifrigen Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Elternverbände ist es gelungen, die ministerielle Genehmigung zur Errichtung einer weltlichen Schule für den 18. Verwaltungsbezirk (Weißensee) zu erwirken, nachdem durch intensive Vorarbeit der Weg hierzu geschnitten war. Mehrere Hindernisse, wie Lösung der Raumfrage, Gewinnung geeigneter Lehrkräfte usw. galt es zu überwinden. Aber durch gönnen und ausdauernden Kampfs wurde das Ziel erreicht. — So konnte gestern im Schulhaus Weisensee eine 18 Klassen umfassende weltliche Schule eröffnet werden.

Es liegt nun an den sozialistischen Eltern, durch zahlreiche Nachfragen dafür zu sorgen, daß Michaelis im Schulhaus Michaelisstraße eine zweite weltliche Schule errichtet und gleichzeitig den uns noch fernstehenden proletarischen Eltern durch das praktische Beispiel, namentlich durch ein vorbildliches sozialistisches Familienleben,

Berliner Museums-Spaziergänge

Museum für Naturkunde — Landwirtschaftliches Museum — Verkehrs- und Bau-museum — Reichspostmuseum

Im Norden Berlins, in der Invalidenstrasse, liegen freundlich-dreierlei Museen nebeneinander, die der besonderen Beachtung und Betrachtung wert sind. Aber von den tausenden Passanten, die täglich in dieser so verkehrsreichen Gegend vorbeiziehen, hat kaum einer Zeit, die Augen zu heben nach den Schildern vor den Museen, auf denen die Besuchszeiten angegeben sind, geschweige denn, daß man den Fuß in die Hallen dieser Museen setzt. So verlassen sie einen veritablen Vorwurfschuld. Nur die paar Studenten blicken mal neugierig hinein, ein paar Freunde lassen sich sehen, die der Zufall nach dem „hohen Norden Berlins“ geführt hat.

In der Invalidenstrasse 45, zwischen der Bergakademie und der landwirtschaftlichen Hochschule steht der in edlem Stil gehaltene große Bau des Museums für Naturkunde. Am Montag und Donnerstag Eintritt 2 M., sonst frei. Bei der Schilderung der Schätze des märkischen Provinzialmuseums wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß im ersten Stock dieses Museums Bier- und Kugelpflanzen, wie sie in der Mark Brandenburg vorkommen und wachsen, ausgestellt sind. Was hier von der Pflanzenwelt auf einem kleinen Ausschnitt der Erde gezeigt wird, weitet sich für den Naturfreund im Museum für Naturkunde zu einem Bild über die Pflanzenwelt der ganzen Erde. Das Besondere und Wichtige liegt in dieser Ausstellung darin, daß der Besucher interessante Vergleiche ziehen kann über das Wachsen und Werden der Pflanzen je nach Bodenbeschaffenheit und Klima. Obwohl nicht alle Räume des großen Baues vom Museum eingenommen werden, ist eine solche Fülle und ein solcher Reichtum zusammengetragen, daß man anfänglich ein wenig geblendet und verwirrt dasteht. Es ist daher auch kaum möglich, an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, da der Raum dazu fehlt. Da aber andererseits das Museum sehr übersichtlich angeordnet ist und die einzelnen Abteilungen leicht erkennbar gezeichnet sind, empfiehlt es sich, je nach Geschmack und Liebhaberei die Abteilungen anzuschauen, für die besonderes Interesse und Verständnis besteht, seien es nun die Sammlungen von Sträußern, Bier- oder Kugelpflanzen, Samen, Reimen oder Knospen. Und auf eines sei noch aufmerksam gemacht, man lasse sich nicht durch die lateinischen Namen in der Betrachtung und im Genuß führen. Sie sind für Studienzwecke angebracht, da dieses Museum ja auch mit zu den Bildungsanstalten der Universität gehört. Darum kommt aber der Naturfreund nicht zu kurz, denn an der Natur sich erfreuen und die Natur lieben kann man, ohne bei dem Namen, auch ohne lateinische Kenntnisse zu besitzen und ohne zu wissen, wie die lateinischen Namen für Pflanzen, Blume und Sträußer sind.

Ganz in der Nähe ist auch das Zoologische Museum. Dieses Museum freilich mit einem vorzüglichen Überblick über die Tierwelt ist vorwiegend für Studienzwecke eingerichtet. Immerhin aber ist ein, wenn auch nur flüchtiges Durchwandern zu raten. Man gewinnt einen lehrreichen Eindruck über die Arbeit von dieser Seite mit nach Hause nehmen.

gezeigt wird, daß auf die Ausschaltung des christlichen Religionsunterrichts nicht der moralische Sturz folgt, sondern, daß wir durch unsere sozialistische Ethik eine weit höhere Sittlichkeit verwirklichen, als die kirchensgläubigen. Ueberweisungsformulare für die weltliche Schule, sowie alle weiteren diesbezüglichen Auskünfte sind beim Vorsitzenden der Elternverbände, Gen. Heintz, Weisensee, Gleditschstr. 7, zu haben.

Brotkartenwort. In der Woche vom 2. bis 8. April darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Vorkaufkarte das Stichwort „G. G. Vorkaufkarte für Hedemann“. Die Brotkommission „Mitte I“ wird am 3. April von Spandauer Straße 18 nach Burgstrasse 5 verlegt. Die Eröffnung findet am 4. April statt.

Proletarische Feierstunden

Sonntag, den 9. April, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus die nächste Veranstaltung statt. Es wirken mit: das verstärkte Bläser-Orchester unter Leitung von Heinz Tieszen, der Männer-Chor „Fichte-Georgina“ unter Leitung seines Dirigenten Dr. Fock und der Sprech-Chor für die proletarischen Feierstunden. Als Einzelsprecher wirken mit: Lotzar Mittel und Heintz Witte, vom Staatstheater.

Die Erhöhung des Elektrizitätspreises, die von der Stadtverordnetenversammlung am 20. März beschloßen worden ist, ergibt folgenden Tarif: 1. Einheitspreis für Wohnungen, Werkstätten und Hausbesitzung (Kreppen, Keller usw.): Strompreis 3,20 M. für die Altimaststunde, Bodenflächen-geld 25 Pfg. — 2. Hauscharif: Leistung in Watt: 60, 80, 100, 140, 200, 250, 300. Jahresgebühr in Mark: 240, 321, 402, 561, 801, 1002, 1200. — 3. Besonderer Tarif: 6,00 M. für 1 Altimaststunde. — 4. Besonderer Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke: 3,50 M. für 1 Altimaststunde.

Der neue Wasserpreis. Für das Versorgungsgebiet der aus den bisherigen Gemeindefassern, nämlich den ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Plattenberger, Spandauer, Pantower, Heidenborger, Tegeler, Hermsdorfer, Kosenbaler, Nieder- und Hohenschönhauser, Uckerländer Wasserwerken und dem früheren Verbandswasserwerk Alt-Altenteich mit Wasser versicherten Teile der Stadt Berlin wird der Preis für 1 Kubikmeter aus dem Wasserrohrnetz abgegebener Wassers, beginnend mit dem Tage der Ver- bindung auf 2 Mark festgesetzt. Die neben dem Wasserpreis bisher erhobenen Gebühren bleiben bis zur Einführung ein- heitlicher Wasserlieferungsbedingungen bestehen. Die beschlossene Erhöhung gilt indes nur für die Zeit bis zum 30. Juni 1923.

In alle Genossinnen, die Mandoline oder Gitarre spielen. Die Mandolinengruppe des Bundes der Arbeiter-Musikvereine beschäftigt in Groß-Berlin eine Frauen-Mandolinengruppe zu gründen, die sich bei Veranstaltungen der Frauen, Jugend und Kinder zur Verfügung stellen werden. Reichhaltiges Noten- und Vorrichtungsmaterial stellen die Bundesvereine zur Verfügung. Genossinnen, die bereit sind, die Musikgesellschaft zu erwerben, geben ihre Adresse an G. Natusch, Berlin NW, Jagowstraße 15.

Größter im Lunapark. Ein gefährdender Brand brach gestern vormittags gegen 12 Uhr im Lunapark in Golensee aus, wodurch ein großer Teil der Gebäudenanlage vernichtet wurde. Gegen 112 Uhr stand bereits das gesamte Gerüst in Flammen und auch ein Teil der Berg- und Talbahn, der bekanntlich Defraktionen aufweist, brannte. Die sofort alarmierte Hilmersdorfer Feuerwehr rühte mit drei Löschern aus Hilmersdorf, Grunewald

Eug verwandt mit dem Museum für Naturkunde ist im Nachbarland das landwirtschaftliche Museum — an Sonntagen und zweiten Feiertagen Eintritt frei, sonst 2 M. Wenn nun auch dieses Museum nicht beliebt, wie man ein perfekter Landwirt wird (die Herren Agrarier lassen sich nicht gern in die Karten und hinter die Kulissen fügen), so gibt es doch, und jeden Großstädter wird das gewiß inne- erführen, eine gute Uebersicht über die ration- nelle Feldbebauung, aber die Nacht und Aus- breitung der Maschinen in der Landwirt- schaft und tausend andere Dinge mehr. Da man nicht kann der Landenkunst hier auch lernen, wie er seinen Hof besser und breiter, und seine Kartoffeln größer zieht. Wie es freilich die Herren Agrarier mögen, daß sie heute in manchen Fällen gar nicht mehr erreichbar sind, aus ihrer Geldern herausziehen, nach dieser Kenntnis und Wissenschaft wird man umsonst in dem Museum umhau halten. Aber ich glaube, dazu gehören nicht nur einschlägige Kenntnisse und respektable Körperkräfte, sondern auch und vor allem ein ganz respektable robustes Gemüth. Unterstützung der Ver- hörden und Verwendung einschlägiger Stenografen. Darin ist der Bauer und der Besucher und Stadler bei weitem über. Und weil sie es so vorzüglich verstehen, uns das Fell über die Ohren zu ziehen, nennen sie sich auch die — Kollektenden.

Ganz anders das Bild, das sich dem Besucher im Ver- kehrs- und Bau-museum, Invalidenstrasse 50, bietet — Sonntag und Donnerstag Eintritt unentgeltlich, sonst 2 M., Montag geschlossen. Reliöre Berliner werden sich erinnern, daß in diesen Hallen einst der Hamburger Bahnhof untergraben war. Hier wird der Blick des Bes- uchers rückwärts gerichtet in die Vergangenheit, und man erhält in dieser Ausstellung einen vorzüglichen Eindruck von der Entwicklung unserer Eisenbahnen und des ganze Verkehrsweises überhaupt. Man möchte für dieses Museum das Wort wählen: von der Pöhlische Bild zum Schlafwagen. Die verschiedenen Typen der Maschinen, der Wagen und aller Apparate, die im Verkehrsweises eine Rolle spielen, sind in diesen Räumen beisammen, eine Arbeit von Jahrhunderten. Der Techniker und Mechaniker wird hier am meisten auf seine Kosten kommen und seine Kenntnisse auf das glücklichste erweitern und verbreitern können.

Da wir einmal beim Historischen sind, beim Schildern vom Wachsen und Werden einer großen herrlichen Anzahl, sei zum Schluß noch ein Bild geworfen in das Reichs- postmuseum im Reichspostamt, an der Ecke der Leipziger und Unter den Eichen. Dort der Werdegang der Eisen- bahn, hier der Entwicklungsgang der Post an prägnanten Beispielen, Modellen und Zeichnungen und Foto- bildern, dargestellt. Inbessenen diese Schau hier ist entliehene noch unvollkommen, es fehlt in ihr das mit Eichenweigen umkränzte Bild des Herrn Wieser, des idealen oder Sozialisten!

und Haken an die Brandstätte. Da jedoch die Bösch- mannsholen zur Vollstreckung des Brandes und zur Ver- hütung von Explosionen nicht ausreichend waren, mußte die Berliner und Charlottenburger Feuerwehre zu Hilfe ge- rufen werden, die alsbald mit je drei Löscheinlagen eintrafen. Der Schaden ist sehr groß, aber durch Versicherung gedeckt.

Die Briefmarken der Armee des Generals Awaloffi Bermond. Im Jahre 1910 ließ der Weiskardist Awaloffi, als er die wehrliche Armee kommandierte, viele Millionen von Briefmarken drucken, welche den russischen Adler und Kästen trugen. 23 Pakete mit solchen Briefmarken gelangten in die Hände eines gewissen G. G. Dieser ver- pfändete sie an einen russischen Studenten namens G. G. und hinterlegte sie bei einer Russin namens Frischhoff. Diese verweigerte schließlich die Herausgabe der Marken an G. G. Dieser hat nun den Kriminalbeamter Schneider, die Awaloffischen Marken bei der Frischhoff zu beschlagnahmen. Schneider stellte sich dort als Kriminal- beamter vor, bekam das Paket heraus und schickte darüber eine Mitteilung aus mit den Worten „G. G.“. Diese Vor- gänge führten Schneider wegen Unwissenheit und Unvorsichtigkeit vor das Schöffengericht Schöneberg. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis. Die R. A. Bahn und Friedländer beantragten die Freisprechung, weil nicht bewiesen sei, daß Schneider als Kriminalbeamter einen Druck auf die Frischhoff ausübte habe; die falsche Mit- teilung habe nicht zur Täuschung gedient, da sie erst nach Auf- hebung der Marken erteilt sei. — Das Gericht kam aus diesen Gründen zur Freisprechung.

Etabl. Café Zitelka — Margaretenaal Lo. palzer Str. 101/102, Heute das Logo, 4. 1923, 1st 2. Markt Programm u. Jean More zu.

Gardinen-

Ausnahme-Woche!

Zum Quartalswechsel

veranstalten wie infolge großer Warenzulage

6 billige Tage!

Wir verkaufen:

Kunstgardinen	fr. Ware, 2 Schale, Querhang	295.-	295.-	395.-
Bettdecken	herrliche Muster, zweifache Dicke, extra gute Qual., in reicher Ausstattung	135.-	195.-	275.-
Pettdecken	in reicher Ausstattung	495.-	595.-	695.-
Kunstgardinen	in 6 Jahre u. eig. Allover Ness	575.-	650.-	750.-
Halbtors	Anfertigung	225.-	275.-	325.-
Gardinestoffe	in 110 cm Breite	38.50	45.50	55.50

Große Auswahl in Spanntoffen, Tüll, Muss., Kordell, Sammet usw.

Gardinenhaus Zimet

10 Köpenicker Straße 102 | H. Wicherl Straße 6

Hauseingang genau beachten! am Hauptbahnhof, Coblenzstr. Ecke Hochbahnhof Nordring.